



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

Land schafft Verbindung Mecklenburg-Vorpommern e.V.
per Email an: info@landschafttverbindung-mv.de

Schwerin, den 16. September 2021

Fragenkatalog Land schafft Verbindung MV e.V.

Ihre Email vom 13.09.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Email vom 13. September 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

1. Eine klare Herkunftskennzeichnung aller Lebensmittel ermöglicht dem Verbraucher über Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz selbst zu entscheiden. Wie stehen Sie zu einer verpflichtenden, Herkunftskennzeichnung in Klarschrift für Lebensmittel und den wichtigsten Zutaten und wie soll diese umgesetzt werden?

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass mündige Verbraucherinnen und Verbrauchern eine informierte sowie souveräne Kaufentscheidung fällen können. Das setzt eine freie und informierte Entscheidung voraus. Um die zu ermöglichen, sind Herkunftskennzeichnungen ein wichtiges Instrument.

Landwirtinnen und Landwirte müssen ganz grundlegend in die Lage versetzt werden, die mit höheren Standards beim Tierwohl verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften zu können. Deswegen ist Fingerspitzengefühl bei der Festlegung höherer Standards gefragt, so dass nicht am Markt vorbei produziert wird, sollten die Produkte keinen Absatz finden.

Damit auch die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf tierischer Erzeugnisse Verantwortung übernehmen können, müssen Haltungsbedingungen klar erkennbar sein. Um das zu gewährleisten, setzen wir uns ein für ein einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten Europäischen Union und mittelfristig für europaweit einheitliche Tierschutzstandards. Tierschutz und Tierwohl sind für uns eine Selbstverständlichkeit. Für uns ist Tierwohl keine Frage der Stallgröße, sondern des Zustands des einzelnen Tieres.

2. Die zukünftige Regierung wird ambitionierte Klimaschutzziele haben. Wie stehen Sie zu Nahrungsmittelimporten aus dem europäischen und nichteuropäischen Ausland, die weder dem Regionalitätsprinzip noch der deutschen Kontrolldichte und den hier geltenden Standards entsprechen, und den dadurch in Deutschlands Regalen ausgelösten Verdrängungswettbewerb gegenüber unseren heimischen Lebensmitteln?

Wir wollen einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU. Nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen für alle im gemeinsamen Binnenmarkt können wir die Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindern. Auch global setzen wir uns für Wettbewerb mit fairen Rahmenbedingungen ein. Deshalb wollen wir, dass die Welthandelsorganisation sich dafür einsetzt, stärker auf Marktwirtschaft und weniger Bürokratie zu setzen, sodass Landwirte weltweit unabhängig von staatlichen Subventionen wettbewerbsfähig wirtschaften können. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen brauchen wir eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel. Die fortschreitende Konzentration von Marktmacht schadet dem Wettbewerb.

3. Wie stehen Sie zum derzeitigen System der Alterssicherung für Landwirte und sehen Sie unter den Vorzeichen der Agrargesetzgebung hier Änderungsbedarf?

Die landwirtschaftliche Rentenversicherung sowie die weiteren landwirtschaftlichen Sozialversicherungen sind in ihrer Struktur und Bestimmung veraltet und fußen auf Betriebsstrukturen, die in der modernen Landwirtschaft schon längst nicht mehr die Regel sind. Die Leistungen der Versicherungen leiden darunter gegenüber den sonstigen gesetzlichen Sozialversicherungen unverhältnismäßig. Für den Leistungsempfänger sind diese Verhältnisse frustrierend.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Strukturwandels der letzten Jahrzehnte und der neuen Bedingungen, an die sich die Landwirte anpassen müssen, fordern wir Freie Demokraten:

1. eine grundlegende Reform der Strukturen und Leistungen der Landwirtschaftlichen Alterskasse und der Landwirtschaftlichen Krankenkasse mit dem Ziel Verwaltungskosten zu senken und somit Beitrags- und Steuerzahler zu entlasten.
2. die Befreiung selbständiger Landwirte aus der Versicherungspflicht bei der Landwirtschaftlichen Krankenkasse und der Landwirtschaftlichen Alterskasse.

4. Landwirtschaftliche Fläche ist Grundlage für Ernährung, Biodiversität und Energieversorgung und braucht daher nachhaltige Wertschätzung, um den Wohlstand einer Gesellschaft zu sichern. Wie sieht diese Wertschätzung in Ihrem Programm aus und wodurch sichern Sie diese?

Wir wollen den Flächenverbrauch insgesamt reduzieren. Durch eine Novelle des Baugesetzbuchs werden wir den Kommunen verschiedene Instrumente für eine moderne

Flächennutzungsplanung an die Hand geben. Wir wollen nachteilige Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen minimieren und soziale sowie wirtschaftliche Bedürfnisse an den Raum mit den ökologischen Funktionen in Einklang bringen. Hierfür bedarf es einer geordneten räumlichen und städtebaulichen Entwicklung, deren Grundlage durch eine adäquate Weiterentwicklung der bundesrechtlichen Grundlagen sichergestellt werden soll. Dabei setzen wir Freie Demokraten vor allem auf Maßnahmen, die die Innenentwicklung von Kommunen erleichtern sollen und damit die Flächeninanspruchnahme im Außenbereich minimieren. Dafür sprechen wir uns u.a. für die Erstellung von Potentialflächenkatastern aus, damit Innenentwicklungspotentiale bekannt und in ein integriertes regionales Bodenmanagement einbezogen werden können. Dadurch sichern wir aktiv Flächen für Naturschutz, Klimaschutz und -anpassung sowie für die Land- und Forstwirtschaft. Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für eine Verbesserung des ÖPNV, unter anderem durch On-Demand-Verkehr, und intelligente Verkehrsführung zur Stauvermeidung ein. Für alle Verkehrswege – von der Schiene über die Straße bis zum Radweg – muss der Aufwuchs der Investitionsmittel verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden. Dabei haben Sanierung und Modernisierung für uns Priorität.

5. Wie sehen Sie eine zukünftige Beteiligung der Landwirtschaft am CO₂- Zertifikatehandel, verbunden mit zukünftigen Einkommensmöglichkeiten für Landwirte?

Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren, auch die Land- und Forstwirtschaft, ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO₂ im Jahr ausgestoßen werden darf. Für den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer werden. Wer hingegen besonders viel CO₂ spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld. Wer CO₂ speichert, muss dafür Geld erhalten. Das ist eine Chance für die Land- und Forstwirtschaft mit CO₂-Bindung Geld zu verdienen.

6. Wie stehen Sie zu der Ausweisung der angeblich durch Nitrat und Phosphor belasteten Gebiete und die gesetzlich vorgeschriebene Untersuchung von Messstellen auf einen realen direkten landwirtschaftlichen Einfluss mit Hilfe wissenschaftlicher Grundlagen und fundierter Fakten?

Wir wollen Transparenz für die Landwirtinnen und Landwirte schaffen, warum sich Feldblöcke in einem „Roten Gebiet“ befinden und Wege aufzeigen, wie diese wieder in eine Nutzung ohne Einschränkungen zurückgeführt werden können.

Die Quellen der bestehenden Nährstoffüberschüsse müssen weiter untersucht und durch angemessene Maßnahmen reduziert werden. Um dies zu erreichen, setzen wir uns für den weiteren Ausbau des Nitrat-Messstellennetzes ein. Zur Ausweisung der Stickstoff Ist-Salden in den Feldblöcken müssen die tatsächlichen Daten der Betriebe in die Berechnung einfließen. Eine generelle Meldung der ausgebrachten Düngermenge in eine zentrale Düngerdatenbank lehnen wir ab, um die Landwirtinnen und Landwirte nicht mit neuer Bürokratie zu belasten.

7. Wir Landwirte sind in der Lage und bereit, die von der Gesellschaft geforderten Leistungen in Umwelt- und Naturschutz zu erbringen. Dafür bedarf es aber auch einer Finanzierung. Wie sieht Ihr Konzept, unter Berücksichtigung eines freien Marktes und in der Höhe begrenzter GAP Mittel, für diese Finanzierung aus?

Wir Freie Demokraten setzen auf eine bodenständige Landwirtschaft, die in den Regionen verwurzelt ist. Die Rechtsform, die Größe oder die Art der Bewirtschaftung der Betriebe ist zweitrangig. Wie Landwirtinnen und Landwirte ihre Betriebe organisieren, unterliegt ihren Entscheidungen, denn sie tragen die unternehmerische Verantwortung. Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die die Landwirte nicht bevormundet, sondern Freiraum für unternehmerisches Handeln lässt. Grundsätzlich wollen wir Freie Demokraten die Position der Erzeuger durch die Abkehr von einer Agrarpolitik, die von zusätzlicher Regulierung und bürokratischen Belastungen geprägt ist, stärken. Jeder Versuch, belastende und wenig ergebnisorientierte Auflagen für die Landwirtschaft, die oftmals höheren Produktionskosten bedeuten, durch staatliche Eingriffe wie Ausgleichszahlungen kompensieren zu wollen, wird mittel- bis langfristig scheitern. Wir wollen die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, um einen Markt zu schaffen, auf dem sich die Teilnehmer auf Augenhöhe begegnen.

Wir begreifen Umwelt- und Naturschutz nicht als Widerspruch zur Land- und Forstwirtschaft. Wir brauchen Land- und Forstwirtschaft, die nachhaltig ist und Flächen, die zusätzliche Beiträge zum Naturschutz leisten. Der Vertragsnaturschutz ist aus unserer Sicht das liberalste Instrument für mehr Naturschutz. Auch biologischer und konventioneller Landbau sind für uns keine Gegensätze. Wir setzen uns für eine Vielfalt an Erzeugungssystemen ein, die den gesellschaftlichen Vorstellungen nachhaltiger Produktionsweisen entsprechen.

Konkreten Handlungsbedarf sehen wir in der Umsetzung einer Politik, die auf Innovation und technischen Fortschritt in der Landwirtschaft setzt, faire Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für die Landwirtinnen und Landwirte schafft.

8. Zwei unvereinbare Maxime leiten das Denken der zukunftsorientierten Landwirte: Zum einen verlangen alle Händler und Vorlieferanten, genauso wie ein sehr großer Teil der Verbraucher, günstige Preise durch eine kostenoptimierte Produktion, zum anderen verlangt die "Gesellschaft" von denselben Landwirten immer höhere Umwelt- und Produktionsstandards. Wie denken Sie, kann man diesen Zielkonflikt lösen?

Wir Freie Demokraten wollen die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Wertschöpfungskette stärken. Zum einen erkennen wir den Preisdruck auf der einen Seite, dem es wettbewerbsrechtliche Maßnahmen entgegenzusetzen gilt. Ein wesentlicher Punkt, der oftmals in den Hintergrund rückt, sind jedoch auch die durch staatliche Vorgaben und Auflagen künstlich erhöhten Produktionskosten auf der anderen Seite. Dem wollen wir mit einer sachorientierten Politik Einhalt gebieten.

9. Viele politische Entscheidungen im Bereich Umweltschutz und Landwirtschaft basieren zunehmend mehr auf ideologisch begründeten Aussagen und weniger auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen und fundierter Fakten! Wie ist Ihre Position dazu und wollen Sie das ändern?

Wir Freie Demokraten stehen für fachlich fundierte, verlässliche und europäisch einheitliche Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft mit Zukunft. Dass zunehmend gesellschaftliche Stimmungen oder lautstark vertretene Meinungen bestimmter NGO zur Grundlage von agrarpolitischen Entscheidungen gemacht werden, erfüllt uns mit Sorge. Am Beispiel der Diskussion um Pflanzenschutzmittel wird dies besonders deutlich. Wir setzen darauf, durch technischen Fortschritt sowohl Umweltbelastungen weiter zu verringern als auch einen effizienteren und ressourcenschonenderen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu ermöglichen. Wir wollen die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln konsequent vorantreiben, denn eine ausreichende Verfügbarkeit von verschiedenen, zielgenauen Mitteln für den Pflanzen- und Vorratsschutz ist für eine verlässliche Versorgung mit sicheren Nahrungsmitteln unverzichtbar. Deshalb wollen wir den Zulassungsprozess von Pflanzenschutzmitteln transparent und rechtssicher ausgestalten. Unser Ziel ist es, dass allein die Risikobewertungen der zuständigen Behörden als Entscheidungsgrundlage dienen.

10. Vielfach ist eine Abwanderung junger Menschen, aus dem ländlichen Raum zu erkennen. Mit dem Verlust von landwirtschaftlichen Betrieben geht ein Verlust an ländlicher Kultur und vor- und nachgelagertem Gewerbe einher. Wie wollen Sie das Höfesterben, bedingt durch die sinkende Bereitschaft der jungen Menschen, Betriebe und damit Verantwortung zu übernehmen, stoppen? In welchen Bereichen sehen Sie in diesen Zusammenhang zukünftig Möglichkeiten, in den ländlich geprägten Räumen neue Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern?

Dass viele landwirtschaftliche Betriebe aufgeben mussten, ist mitunter eine Folge unsachlicher Überregulierung. Gesellschaftliche Kritik, ökonomische Schwierigkeiten oder überbordende Bürokratie belasten besonders die Familienbetriebe stark. Wir wollen den ländlichen Raum jedoch auch insgesamt stärken und durch vielfältige, moderne Ansätze und mehr Freiräume für Kommunen die Lebensqualität der Menschen verbessern und insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, von der Industrie, der Landwirtschaft über das Handwerk bis zum Handel, auch in ländlichen Regionen Perspektiven schaffen. Voraussetzungen hierfür sind eine flächendeckend zukunftstaugliche digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege, ein flexibler öffentlicher Personennahverkehr sowie ein starkes duales Bildungssystem. Den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen wollen wir mit Gigabit-Gutscheinen beschleunigen. Innovative Mobilitätsformen wie das autonome Fahren können insbesondere für den ländlichen Raum eine schnellere und kostengünstigere Versorgung bedeuten. Zudem wollen wir Ehrenamt und Sport durch gute Rahmenbedingungen (z. B. Entlastung von Bürokratie und Haftungsrisiken) unterstützen.

11. Niedrige Erzeugerpreise ruinieren die Landwirtschaft. Mit der beschlossenen UTP-Richtlinie können unfaire Handelspraktiken aufgedeckt und verhindert werden. Andere EU Länder verbieten den Handel und Verkauf von Lebensmitteln unter Produktionskosten. In Deutschland gilt lediglich das Verbot des Verkaufs der Lebensmittel unter Einstandspreis beim LEH. Kann Ihre Partei sich die Ausweitung der UTP-Richtlinie nach der Evaluierung 2023 auf das Verbot des Verkaufs der Lebensmittel unter deren Herstellungskosten vorstellen?

Grundsätzlich wollen wir Freie Demokraten die Position der Erzeuger durch die Abkehr von einer Agrarpolitik, die von zusätzlicher Regulierung und bürokratischen Belastungen geprägt ist, stärken. Jeder Versuch, belastende und wenig ergebnisorientierte Auflagen für die Landwirtschaft, die oftmals höheren Produktionskosten auf Betriebsebene bedeuten, durch staatliche Eingriffe wie Ausgleichszahlungen kompensieren zu wollen, wird mittel- bis langfristig scheitern. Die beschlossene Umsetzung der EU-Richtlinie (2019/633) über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette - kurz: UTP-Richtlinie - über eine 1:1-Umsetzung hinaus lehnen wir weiterhin ab. Durch ein solches „Goldplating“ werden weitere Ungleichgewichte im gemeinsamen EU-Binnenmarkt geschaffen.

12. Die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln ist neben Wohnraum und Energie eine zwingend hoheitliche Aufgabe eines jeden europäischen Staates. Gerade die Coronakrise zeigt, wie wichtig Lieferketten und heimische Produktion für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Notsituationen sind. Wie stehen Sie dazu, die Ernährungssicherung der Gesellschaft im Grundgesetz als Staatsziel festzuschreiben?

Wir Freie Demokraten wollen die heimische Landwirtschaft stärken und gleichzeitig, dass die Bevölkerung weiterhin zuverlässig mit sicheren Nahrungsmitteln versorgt wird. Die Aufnahme von „Ernährungssicherung“ und in gleichem Maße auch „Klimaschutz“ in Art. 20a des Grundgesetzes würde jedoch keineswegs bedeuten, dass damit verlässliche Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft einhergehen. Anstatt solch symbolischer Maßnahmen bedarf es unmissverständlicher politischer Beschlüsse zur Angleichung von Produktionsstandards innerhalb des europäischen Binnenmarktes. Nur so schaffen wir endlich einen fairen Wettbewerb innerhalb der EU.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin